

ANNE DAETZ*, ALINA ERZMANN‡, LORENZ LANG§ UND LARA SCHMIDT¶

Spring School 2018 zum Thema Menschenrechte in Vietnam

Vom 4. bis zum 16. März 2018 durften erstmals vier Göttinger Studierende an einer Spring School mit Moot Court zum Thema „Fundamental Rights and their Impact on the Civil Law System“ im Norden Vietnams teilnehmen. In Begleitung von Dr. *Sina Fontana* (Lehrstuhl Prof. Dr. *Mann*)¹ und gemeinsam mit Studierenden der Humboldt Universität und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin wurde so die Möglichkeit geboten, sich rechtsvergleichend mit vietnamesischen Studierenden zu Menschenrechtsfragen auszutauschen. Finanziell getragen wurde das Projekt von der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) sowie der Universität Göttingen.

Auf der Grundlage einer Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Vietnams und Deutschlands besteht seit Februar 2008 der Deutsch-Vietnamesische Rechtsstaatsdialog. Dieser ist darauf angelegt, die Reformen der Justiz und des Rechtssystems in Vietnam unter dem Leitgedanken der Rechtsstaatlichkeit zu begleiten und zu fördern. Die Universität Göttingen hat dabei ihre Unterstützung bekundet und im Jahr 2011 eine Kooperationsvereinbarung mit der Rechtsschule Hanoi abgeschlossen. Seitdem steht sie mit dem Zentrum für deutsches Recht in Hanoi im Austausch.

A. Konversation statt Konservierung – Der Blick auf andere Rechtssysteme

Ziel der Spring School war es, den Studierenden einen Einblick in den fortgeschrittenen Deutsch-Vietnamesischen Rechtsstaatsdialog und in das vietnamesische Rechtssystem zu ermöglichen, welches sich unter anderem unter Bezugnahme auf das deutsche Rechtssystem schrittweise zu einem funktionierenden Rechtsstaat fortentwickeln soll. Im Rahmen dieses Austausches sollten die Teilnehmenden außerdem dazu angehalten werden, das eigene Rechtssystem aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Nicht zuletzt die interkulturelle Begegnung zwischen deutschen sowie vietnamesischen Studierenden und Lehrenden sollte dazu beitragen, den eigenen Horizont zu erweitern. Darüber hinaus wurde bezweckt, dass die Studierenden ihre Rechtskenntnisse im Bereich der Grund- und Menschenrechte sowie

deren Sicherung und Durchsetzung ausbauen. Auch bestand die Möglichkeit, die fachsprachliche Englischkompetenz zu vertiefen. In diesem Sinne erhielten die Teilnehmenden die Möglichkeit, das erlernte Wissen im Rahmen einer Präsentation, einer anschließenden Diskussionsrunde sowie eines Moot Courts anzuwenden. Außerdem wurde den Studierenden die Entwicklungszusammenarbeit sowie der diplomatische Dienst als ein mögliches späteres Berufsfeld vorgestellt.

Inhaltlich befasst sich die Spring School mit menschenrechtlichen Fragestellungen einschließlich der Einwirkungen der Menschenrechte auf das Zivilrecht im Wege der mittelbaren Drittwirkung. Damit fügt sie sich in die Debatte über die Universalität der Menschenrechte ein, die so alt ist wie die Idee der Menschenrechte selbst: Dahinter steht die Überlegung, dass die Menschenrechte in ihrer Ausprägung durch die Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen auf ideengeschichtliche Entwicklungen zurückblicken, die sich allein in Europa vollzogen haben. Deshalb wird zum Teil eingewandt, dass sich die Menschenrechte nicht einfach auf einen anderen Kulturkreis übertragen ließen und zumindest über die konkrete Auslegung einzelner Menschenrechte in den unterschiedlichen Kulturkreisen und Rechtstraditionen debattiert werden müsse. Zugleich sind die Menschenrechte aber ein universelles Konzept und wurden durch den Beitritt zu den Vereinten Nationen sowie durch die Ratifikation der wichtigsten Menschenrechtsabkommen auch als solche anerkannt. Vor diesem Hintergrund ist es also umso wichtiger, über die konkrete Bedeutung einzelner Menschenrechte in den Dialog zu treten, um die unterschiedlichen Perspektiven nachvollziehen zu können. Ein eben solcher Austausch findet im Rahmen der Spring School statt.

B. Menschenrechte zwischen Kollektiv und Individuum – Ein Widerspruch?

In den Vorträgen der und Diskussionen zwischen den Studierenden wurde deutlich, dass im kommunistisch organisierten Vietnam logischerweise der Gemeinschaft als Kollektiv eine herausragende Bedeutung zukommt: Im Gegensatz zur westlichen Kultur nimmt sie einen weitaus größeren Stellenwert ein als das Individuum. Besonders anschaulich zeigt sich dies an der Rechtsstellung von beispielsweise dörflichen Gemeinschaften, deren konkretes Fortbestehen durch Kollektivrechte besonders geschützt wird. Dieser Schutz kollidiert zum Beispiel mit der Vergabe staatlicher Stipendien an potentielle Studierende im ländlichen Bereich, da dem Dorf bzw. der Dorfgemeinschaft seine personelle Grundlage nicht entzogen werden darf. Auch politische Teilhaberechte sollen leichter unter Berufung auf die Interessen der durch die Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) vertretenen Gemeinschaft eingeschränkt werden. Mit der starken Betonung von Individualrechten, wie sie gerade in der europäischen und amerikanischen Rechtstradition vorzufinden ist, kann die Betonung des Kollektivs bisweilen in Konflikt ge-

* *Anne Daetz* studiert Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen.

‡ *Alina Erzmann* studiert Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen und ist studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht von Prof. Dr. *Thomas Mann*.

§ *Lorenz Lang* studiert Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen und ist studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht von Prof. Dr. *Thomas Mann*.

¶ *Lara Schmidt* studiert Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen und arbeitet als studentische Hilfskraft am ehemaligen Institut für Allgemeine Staatslehre und Politische Wissenschaften.

¹ Wir möchten unser Koordinatorin Dr. *Sina Fontana* für ihren immensen Einsatz und ihre Hilfe für und während des Projektes danken. Ohne sie wäre die Spring School in Vietnam nicht die einzigartige kulturelle und akademische Erfahrung gewesen, die wir erleben durften.

raten. Hierfür Verständnis aufzubringen und eine Sensibilität für kulturelle Fragen im Hinblick auf Menschenrechte zu entwickeln und zu stärken, war eine wesentliche Erfahrung der Spring School. Der fruchtbare Austausch zwischen den Studierenden auch über die Vortragsveranstaltungen hinaus trug dazu bei, den eigenen Horizont zu erweitern und das eigene Rechtsverständnis zu reflektieren sowohl auf Seiten der vietnamesischen als auch der deutschen Studierenden.

Die Spring School startete für die Studierenden vor allem mit Eindrücken kultureller Art: Nach der Ankunft in Vietnams Hauptstadt bestand zunächst die Möglichkeit, diese zu erkunden und ersten Kontakt mit der fremden Kultur aufzunehmen. Schon das rege, oftmals chaotisch und leicht provisorisch anmutende Stadtleben ließ vermuten, wie anders die vielschichtige vietnamesische Kultur auf die persönliche Entwicklung des Einzelnen einwirken muss. Das Fachprogramm begann am nächsten Tag in der Friedrich-Ebert-Stiftung Hanoi, welche die Organisation des Projekts vor Ort übernahm, mit einer Einführung in das politische und rechtliche System Vietnams sowie dessen Rolle in der internationalen Gemeinschaft. Allein aus der Tatsache, dass Vietnam ein kommunistischer Staat mit einem Einparteiensystem ist, ergeben sich unvermeidlich Unterschiede zur deutschen Staatsorganisation und zum Rechtsverständnis, die natürlich auch den Menschenrechtsdiskurs beeinflussen. Auch aktuelle Herausforderungen, wie die Umsetzung von Menschenrechtsverpflichtungen sowie die zunehmende Umweltbelastung durch Verkehr und Industrie, wurden in den Blick genommen. Vor allem Letzteres zeigte aber auch, dass sich die Probleme in Vietnam und Deutschland ähneln, zeigen sie sich auch nicht zwingend in der gleichen Form. So steht nicht nur in Deutschland das Thema Umweltschutz fortwährend im Fokus des gesellschaftlichen Diskurses.

Weitere Eindrücke vom politischen und kulturellen Alltag konnten bei der anschließenden Stadtführung gesammelt werden, welche die Gruppe zum Literaturtempel, dem Ho Chi Minh Mausoleum und dem Parlament führte. Zum Abschluss des Tages konnten sich die deutschen und vietnamesischen Studierenden bei einem gemeinsamen *Welcome-Dinner* kennenlernen. In den Gesprächen wurden bereits erste kulturelle Besonderheiten deutlich, insbesondere fiel auf, dass der Alltag der vietnamesischen Studierenden im Vergleich zur Situation deutscher junger Erwachsener stark von familiärer Verwurzelung geprägt ist. Zugleich zeigte sich, dass trotz kultureller Unterschiede der Alltag der Studierenden oft von ähnlichen Wünschen, Herausforderungen und Hürden geprägt ist.

Ein besonderer Programmpunkt in den folgenden Tagen war der Besuch der Deutschen Botschaft Hanoi. Die deutschen Studierenden wurden vom Referenten für Politik und Menschenrechte empfangen und hatten die Möglichkeit, mit ihm nicht nur über die Arbeit in der Auslandsvertretung zu sprechen, sondern hatten insbesondere auch die Chance, über aktuelle außenpolitische Fragen zu diskutieren. Gerade angesichts der Entführung eines vietnamesischen Asylbewerbers aus dem Tiergarten Berlin durch den vietnamesischen

Geheimdienst Ende 2017 und die dadurch angespannte diplomatische Lage, war dieser Programmpunkt eine besondere Erfahrung und hat zu kontroversen Diskussionen angeregt. Diese führten auch zum Thema Todesstrafe, da Vietnam diese noch immer vollstreckt und dafür bereits von Menschenrechtsinstitutionen gerügt wurde. Auch im weiteren Verlauf der Spring School sorgte diese Thematik mehrfach für angeregte und politisierte Diskussionen zwischen den Studierenden. Auch wenn die Positionen teilweise stark divergierten und gegenseitiges Verständnis äußerst schwer aufzubringen war, zeigte sich in dieser Debatte deutlich, wie stark die Positionen des Einzelnen von dem politischen System und der historischen Erfahrung geprägt sind, in dem er oder sie sozialisiert wurde.

C. Menschenrechtsverständnis in einem kommunistischen Ein-Parteien-Staat

Nach weiteren Einführungsveranstaltungen in die nationalen Rechtssysteme Vietnams und Deutschlands sowie internationaler Rechtsordnungen an der Juristischen Fakultät Hanoi schloss sich der Hauptteil der Spring School an. In Mai Chaü, einem traditionellen Bergdorf im Norden Vietnams, hielten die Studierenden Vorträge, in denen einzelne Menschenrechte näher beleuchtet wurden. Beispielsweise wurden Themen wie Persönlichkeitsrechte, Gleichheitsvorschriften, Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie Minderheitenrechte in den Fokus genommen. Dabei wurde zunächst die rechtliche Dimension des jeweiligen Themenbereiches auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene erläutert, um darauf aufbauend in einen Diskurs zu treten. Dabei kamen auch Aspekte der Rechtsvergleichung sowie gesellschaftliche und historische Hintergründe zur Sprache. Insbesondere im Hinblick auf LGBT-Rechte (lesbian, gay, bisexual and transgender) äußerten sich die vietnamesischen Studierenden sehr progressiv und zufrieden mit den vorangegangenen staatlichen Maßnahmen, wobei sich teilweise der Eindruck aufdrängte, diese würden von der Regierung bewusst eingesetzt, um der Umsetzung eigentlich zugesicherter politischer Teilhaberechte wie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit auszuweichen.

Deutlich wurde dabei vor allem, dass das Verständnis von bürgerlichen Rechten aus deutscher und vietnamesischer Sicht nicht deckungsgleich ist. So wurde die grundlegende Prämisse bestätigt, dass sich bereits aus der Tatsache, dass Vietnam einer kommunistischen Rechtstradition folgt, Unterschiede zur deutschen Rechtsordnung ergeben. Auch Verständnis und Umsetzung der Menschenrechte werden hierdurch stark geprägt. So gingen die deutschen Studierenden mit dem Grundverständnis in die Spring School, dass hinter dem Begriff Menschenrechte der Gedanke stehe, dass es sich hierbei um Rechte handele, die dem Einzelnen unabhängig von staatlicher Autorität in seiner natürlichen Eigenschaft als Individuum zustehen. Dabei war es für sie zunächst eine Herausforderung, sich in eine davon dem Ursprung nach abweichende Konzeption hineinzudenken. Dies stellte sich als lehrreicher, aber insbesondere auch notwendiger Prozess dar, um mit den vietnamesischen Studierenden

in einen sinnvollen und konstruktiven Dialog über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Rechtssystemen treten zu können. Ein zentraler Unterschied, der schnell zum Vorschein kam, war in diesem Kontext, dass den vietnamesischen Studierenden ein anderer Zugang zu dem Thema Menschenrechte beigebracht wurde. Die dahinterstehende Idee lässt sich als „Rechte im (und abhängig vom) staatlichen System“ zusammenfassen, deren Kodifikation konstitutiver und nicht nur deklaratorischer Natur ist. Ein solches Verständnis lernen die deutschen Studierenden wohl auch kennen, wenn sie sich mit dem historischen Ursprung der „westlich“ geprägten Grundrechtskonzeption beschäftigen. Die heutige Rechtsprechung sieht diese grundlegenden (Menschen-)rechte aber primär als Ausdruck der Freiheit vom Staat an.

Als besonders plakatives Beispiel dafür sollte den Göttinger Studierenden dabei eine Diskussionsrunde im Anschluss an einen Vortrag über Versammlungsfreiheit in Erinnerung bleiben. In diesem Zusammenhang stellte ein deutscher Studierender den Gastgebern die Frage, ob sie die Freiheit hätten, zu demonstrieren – sicherlich schon vor dem Hintergrund der Erwartung einer negativen Antwort. Umso mehr überraschte die gegenteilige Antwort, welche sich im weiteren Verlauf jedoch schnell relativierte, als ein vietnamesischer Student auf weiteres Nachfragen die Widersprüchlichkeit dieser Aussage zum Bild Vietnams in der internationalen Öffentlichkeit erklärte. Es sei ihnen erlaubt, zu demonstrieren und ihre Meinung – auch gegenüber dem Staat – kundzutun, jedoch würden sie dann vermutlich verhaftet. Dieser Moment löste kurz Perplexität aus, aber bewegte die deutschen Studierenden auch schnell zum Nachdenken. Sicherlich war dies eine Schlüsselstelle, die allen Teilnehmenden die Möglichkeit gab, sich mehr auf das Gegenüber einzulassen. So trug dieses Beispiel wesentlich zum Verständnis des Rechtsempfindens bei, welches in Vietnam vorherrscht. Zumindest dem Anschein nach ist die Bevölkerung dankbar, sich überhaupt auf die Rechte berufen zu können, welche ihnen momentan zugestanden werden, auch wenn diese aus europäischer Sicht in vielerlei Hinsicht inhaltlich sehr begrenzt und in der Praxis wirkungslos erscheinen mögen.

Interessant in dieser Hinsicht war auch, wie dieser Eindruck der „Dankbarkeit“ für die zumindest formell bestehenden bürgerlichen Rechte im Laufe der Woche zu verwischen begann. Anfangs noch versteckt und eher zögerlich, zeigten sich mit der Zeit bei vielen vietnamesischen Studierenden immer mehr kritische Ansätze und der Austausch wurde offener. Zum Beispiel die Tatsache, dass man in Deutschland im Rahmen einer Demonstration auch eine Meinung gegen die Regierung äußern darf, schien für die vietnamesischen Studierenden zunächst schier undenkbar, regte aber sodann umso mehr zum Nachdenken an. Neben den Diskussionen und Gesprächen während der offiziellen Veranstaltung bot sich für die Teilnehmenden nun vermehrt auch die Möglichkeit, in den freien Zeiten privatere Unterhaltungen zu führen, welche den Einfluss des Rechtssystems auf den Alltag (und umgekehrt) transparent machten. Beispielsweise als die vietnamesischen Teilnehmenden von ihrer Erfahrung mit dem

Aufnahmeprozess in die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) erzählten: Nur als Mitglied der KPV stehe den Hochschulabsolventen und -absolventinnen eine Karriere im Staatsdienst offen. Eine anderweitige juristische Laufbahn, beispielsweise als Anwalt oder Anwältin, sei für die meisten aufgrund der in Vietnam bestehenden Skepsis bezüglich der gerichtlichen Geltendmachung eigener Rechte eher unwahrscheinlich. Neben der Chance in einer der international tätigen und in Vietnam ansässigen *law firms* im Bereich des Wirtschaftsrechts arbeiten zu können, blieb unklar, mit welcher Intention die Nichtmitglieder der KPV Rechtswissenschaften studierten.

D. Persönlicher Austausch als Schlüssel zum Verständnis des konträren Standpunktes

Es waren vor allem diese privaten Gespräche, in denen deutlich wurde, dass die vietnamesischen Studierenden tatsächlich oftmals kritischer das Rechtssystem in ihrem Land reflektieren, als es zu Anfang den Anschein hatte. Dass der Wunsch nach mehr Freiheiten während der offiziellen Veranstaltungen eher zurückhaltend zum Ausdruck gebracht wurde, zeigte aber auch, dass dieses Verhältnis zu Kritik den Studierenden während ihres Studiums nicht nahegebracht wird. Darüber hinaus ging auch aus den persönlichen Gesprächen hervor, dass das Erlernen von Kritikfähigkeit in den meisten vietnamesischen Familien bei der Erziehung keine herausgestellte Rolle spielt. So wurde Stück für Stück klarer, inwieweit das kommunistische System Vietnams in seiner heutigen Form mit dem familiären Leben verbunden ist. Entscheidend für die nicht immer offen oder nur zögerlich vorgetragene Kritik in der vietnamesischen Gesellschaft dürfte aber auch die massive Überwachung der Kommunikation im Internet durch den vietnamesischen Staat sein. Insbesondere regierungskritische Blogger, die mit ihren Beiträgen überhaupt erst die Informationen der Öffentlichkeit ermöglichen, sehen sich dem Risiko langer Haftstrafen ausgesetzt.

Aber auch die Teilnehmenden aus Deutschland kamen nicht umhin, das eigene Rechtssystem kritisch zu hinterfragen. So wurde insbesondere in den Diskussionsrunden, die sich um das Thema Gleichberechtigung drehten, über Missstände und Lösungsansätze gesprochen und nachgedacht. Auch in Deutschland, einem Staat, der ausgehend von der historischen Verantwortung für die Gräueltaten der Nazi-Zeit die unbedingte staatliche Verpflichtung erkannt hat, mittels der Achtung der Grundrechte den umfassenden und lückenlosen Schutz des Einzelnen zu gewährleisten, existieren Bereiche, in denen aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive grundrechtlich zugesicherte Freiheiten noch nicht vollständig zur Entfaltung kommen. Viel reflektiert wurde zum Beispiel über die in vielen Bereichen noch bestehende strukturelle Ungleichbehandlung von Männern und Frauen – ein Gebiet, auf dem auch Institutionen wie der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen die vollumfängliche Gewährleistung der menschenrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands angemahnt haben.

Im Rahmen des abschließenden Moot Courts konnten die Teilnehmenden ihr neu erworbenes Wissen in deutsch-vietnamesischen Teams gemeinsam anwenden. Dabei wurde die Klage des Betreibers einer Internetplattform vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte simuliert. Im Zentrum des Falles stand die Rüge der Verletzung der Pressefreiheit des Plattformbetreibers durch die Verpflichtung zur Durchführung einer Zensur potenziell persönlichkeitsrechtsverletzender Kommentare. Bei der gemeinsamen Vorbereitung der Schriftsätze und mündlichen Vorträge stellte es eine besondere Herausforderung dar, dass die beiden Studierendengruppen in ihren Ländern sehr unterschiedliche juristische Arbeitsweisen erlernt hatten, die es galt, bestmöglich miteinander in Einklang zu bringen. Letztlich erwies sich dies jedoch auch als besonders bereichernd, da die Teilnehmenden auf diese Weise erleben konnten, welche Chancen und Schwierigkeiten die Vielfalt an Methodik und Denkstrukturen für eine Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg haben kann. Der Moot Court wurde schließlich mit den mündlichen Verhandlungen vor dem Gericht, bestehend aus den deutschen und vietnamesischen Dozierenden, abgeschlossen.

E. Fazit und Ausblick

Nach nun einem Jahr stellt sich die Spring School als eine in kultureller, menschlicher und akademischer Hinsicht äußerst bereichernde Erfahrung dar. Für die deutschen Teilnehmenden bleibt die Erkenntnis, dass der Blick auf neue Rechtsordnungen nur unter Würdigung kultureller und politischer Hintergründe vorgenommen werden kann, gleichzeitig aber auch das Verständnis des eigenen Rechtssystems erweitert. Die Wertschätzung des Diskussionspartners und der Respekt vor dem vorher unbekanntem Standpunkt haben sich als essenziell für den Dialog und das Werben für das westliche Verständnis der Menschen- und Grundrechte bewiesen.

Die positiven Erfahrungen im Rahmen der Spring School 2018 haben ihre Fortsetzung in der erneuten Teilnahme einer Göttinger Gruppe von Studierenden im darauffolgenden Jahr gefunden.